



Aufbruch Leverkusen - Gartenstr. 3 - 51379 Leverkusen

Mieterverein Leverkusen e.V.
Kölner Str. 39-41

Tel.: 02171 / 40 49 49
Fax: 02171 / 40 49 51

51379 Leverkusen

Per Email:
info@mv-lev.de

30.07.2020

Hier: Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Juffern,

in vorbezeichneter Angelegenheit übermitteln wir die Antworten des Aufbruch Leverkusen e.V. zu ihren Wahlprüfsteinen zur Kommunalwahl 2020:

1. Wie bewerten Sie derzeit die Wohnraumsituation in Leverkusen, insbesondere mit Fokus auf die Mieterschaft?

Antwort: Die Wohnraumsituation betrachten wir als durchaus angespannt. Insbesondere bezahlbarer Wohnraum für Bürger mit niedrigen Einkommen ist knapp. Immer mehr Menschen sind aufgrund dieser Situation zum Pendeln gezwungen.

2. Wie wichtig ist die Schaffung zusätzlichen Wohnraumes und welche konkreten Maßnahmen möchten Sie in den nächsten Jahren hierzu umsetzen?

Antwort: Die Schaffung von zusätzlichem, vor allem bezahlbarem, Wohnraum ist eine der wichtigsten Aufgaben, die der zukünftige Oberbürgermeister und die zukünftigen Ratsparteien bewältigen müssen. Bezahlbarer Wohnraum ist in Leverkusen zwingend notwendig. Etwa 50% der Steuerpflichtigen in Leverkusen erzielen ein Jahreseinkommen von unter 25.000 Euro. Auch für diese Menschen muss bezahlbarer Wohnraum vorhanden sein. Hier muss in den nächsten Jahren Geld in die Hand genommen werden. Dies ist auch eine Investition in die Zukunft unserer Stadt. Vor allem junge Familien könnten durch ausreichend bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt eine neue Heimat finden und somit dem demografischen Wandel entgegenwirken, der sich auch in unserer Stadt bemerkbar macht. Der Aufbruch Leverkusen steht für eine sofortige Beendigung des sogenannten Leverkusener Modells, welches für eine zusätzliche Wohnraumverknappung sorgt.

3. In welchem Verhältnis sollten Wohneigentum und Mietwohnungen geschaffen werden?

Antwort: In einem ausgeglichenen Verhältnis, welches sich der aktuellen Situation anpasst. Die Schaffung von Wohneigentum darf aber nicht zu Lasten von der Schaffung von Mietwohnungen gehen.

4. In welchem Verhältnis sollten öffentlich geförderte Mietwohnungen und frei finanzierte Mietwohnungen geschaffen werden?

Antwort: Auch hier sollte man sich an der aktuellen Situation orientieren. Aufgrund der Situation, dass etwa 50% der Leverkusener über ein geringes Einkommen verfügen, besitzt öffentlich geförderter Wohnraum eine sehr wichtige Rolle, da dieser ja an bestimmte Bedingungen gebunden ist. Ebenso wichtig ist aber auch die Schaffung von frei finanzierten Wohnungen für Besserverdiener. Durch effektive Marktanalysen, unter Einbeziehung der Mieter, könnte in Leverkusen sogar Wohnraum geschaffen werden, der neue Einwohner anzieht - sofern natürlich auch andere Rahmenbedingungen geändert oder geschaffen werden, die zu einem Umzug nach Leverkusen animieren könnten.

5. Die Anzahl der preisgebundenen Wohnungen in Leverkusen sinkt seit Jahren kontinuierlich. Wie bewerten Sie dies und welche Maßnahmen sollen hierzu ergriffen werden?

Antwort: Aufgrund der bereits mehrfach genannten Finanzsituation vieler Einwohner unserer Stadt bewerten wir diese Situation als fatal. Bereits jetzt fällt es Mietern mit geringem Einkommen schwer in Leverkusen bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Anzahl von preisgebundenen Wohnungen sinkt kontinuierlich, was die Situation verschärft. In Leverkusen muss eine feste Anzahl von preisgebundenen Wohnungen verfügbar sein, um dem Mangel an bezahlbaren Wohnraum entgegenzuwirken. Hier möchten wir auch auf unsere Ausführungen bei Frage 2 verweisen.

6. Welchen Stellenwert hat die WGL aus Ihrer Sicht und welche wohnungspolitischen Maßnahmen möchten Sie mit der städtischen Wohnungsgesellschaft verwirklichen?

Antwort: Als städtische Wohnungsgesellschaft in Zeiten zunehmender Privatisierung besitzt die WGL einen hohen Stellenwert, gerade in einer Stadt wie Leverkusen. Ziel sollte es sein auch in den nächsten Jahren einen bedarfsgerechten Anteil von bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten. Als wichtig betrachteten wir ebenfalls die Schaffung von senioren- und behindertengerechtem Wohnraum, da besonders die Anzahl von Senioren in unserer Stadt stetig zunimmt. Hier muss ein würdevolles Leben in den eigenen vier Wänden gewährleistet werden. Ablehnend stehen wir einer zu engen Verflechtung mit der Politik gegenüber, um Klüngeleien zu vermeiden. Stattdessen sollten Mieter und Bürger mehr in wohnungspolitische Entscheidungen unserer Stadt mit eingebunden werden.

7. Wie sollte die Kommune auf die immer stärker steigenden Preise auf dem Wohnungsmarkt reagieren?

Antwort: Hier möchten wir auf unsere Antworten im Vorfeld verweisen. Auf jeden Fall muss mit gesetzlichen Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Die Sicherung des bezahlbaren Wohnraums sollte höchste Priorität besitzen! Hinzu muss natürlich der zunehmenden Steuer- und Gebührenabzocke Einhalt geboten werden, welche letztendlich auch die Mieter bezahlen müssen.

8. Welche Kontrollen, Sanktionen und sonstigen Maßnahmen könnten Ihrer Meinung nach von städtischer Seite gegen Missbräuche auf dem Wohnungsmarkt erfolgen?

Antwort: Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Mit der steigenden Nachfrage - vor allem im Bereich von bezahlbarem Wohnraum - steigt auch die Anzahl von Betrügereien, Abzocke und Missbrauch. In einigen Städten lässt sich bereits eine richtige Missbrauchsmaschinerie feststellen. Hier müssen Mieter konsequent geschützt werden. Alle Mittel, die uns unser Rechtsstaat zur Verfügung stellt, müssen genutzt werden. Der beste Schutz vor derartigen Sachverhalten ist allerdings ein Wohnungsmarkt, der an die aktuelle Bedarfslage angepasst ist.

9. Wie bewerten Sie die Abschaffung von Kappungsgrenzenverordnung, Kündigungssperrfristordnung und "Mietpreisbremse" in Leverkusen seit dem 01.07.2020.

Antwort: In NRW gilt bekanntlich seit dem 1.7. 2020 eine neue Mieterschutzverordnung. Die neue Verordnung benennt lediglich 18 Städte in NRW, in denen der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist und deshalb besondere Schutzvorschriften für die Mieter gelten. Leverkusen gehört laut der schwarz-gelben Landesregierung nicht dazu. Das sehen wir kritisch. Der Wohnungsmarkt in Leverkusen ist sehr angespannt und es ist bedauerlich, dass besondere Mieterschutzrechte nun zwar in Siegburg und Köln gelten, aber nicht mehr in Leverkusen. Die Mieterschutzverordnung sollte selbstverständlich auch für Leverkusen gelten.

10. Für welche wesentlichen Änderungen im Bereich Wohnungspolitik und Mieterrechte setzen Sie sich auf Bundes- und Landesebene ein?

Antwort: Die kommunalpolitische Arbeit des Aufbruch Leverkusen konzentriert sich lediglich auf unsere Stadt. Einige Konzepte könnten sicherlich auf Bundes- oder Landesebene übernommen werden. Da die Sachlage in Bezug auf wohnpolitische Aspekte aber von Kommune zu Kommune unterschiedlich ist, sollte jede Stadt und Gemeinde in eigener Verantwortung entscheiden können. Wichtig wären Gesetzgebung, die sowohl Mieter als auch Vermieter schützen. Wünschenswert wäre ebenfalls ein Wohnungsbeschaffungsprogramm für Wohnungslose sowie Obdachlose, da mittlerweile mehrere hunderttausend Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen sind.

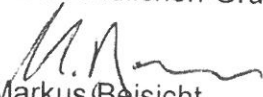
11. Das Land NRW möchte bis 2050 "klimaneutral" werden. Welche Maßnahmen auf dem Leverkusener Wohnungsmarkt sind aus Ihrer Sicht dafür notwendig und wie sollen die dabei entstehenden Kosten verteilt werden?

Antwort: Eine möglichst klimaeffiziente Bauweise, um vor allem Wohnungen und Häuser mit einem möglichst geringen Energieverbrauch zu schaffen (unter sinnvoller Nutzung erneuerbarer Energien) ist natürlich erstrebenswert und sollte auch gefördert werden. Klimapolitische Utopieprojekte, die meistens in hemmungslose Bürgerabzocke ausufernd, lehnen wir hingegen konsequent ab. Für viele Bürger ist die regelmäßige Zahlung der Miete schon jetzt eine große Belastung. Zusätzliche Kosten wären für viele Mieter nicht zu finanzieren. Hier muss ein Ausgleich erfolgen, zum Beispiel durch geringere Mietnebenkosten, was ja auch eines der Hauptziele einer umweltfreundlichen Bauweise sein sollte. Sinnvolle Maßnahmen für eine umweltfreundlichen Bauweise sind zum Beispiel die Schaffung von Dachbegrünungen, die Schaffung von bienenfreundlichen Wiesenflächen und die Schaffung von Gemeinschaftsgärten, vor allem bei Mehrfamilienhäusern.

12. Welche abschließende Stellungnahme oder Zusammenfassung möchten Sie im politischen Bereich "Mieten und Wohnen" abgeben?

Antwort: Der Themenbereich "Mieten und Wohnen" ist ein Bereich, der alle Leverkusener betrifft. Der für uns wichtigste Komplex ist, wie schon mehrfach erwähnt, die Schaffung und Bestandssicherung von bezahlbarem Wohnraum. Das Leverkusener Modell ist aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Leverkusen und der aktuellen Situation auf dem Wohnungsmarkt abzuschaffen. Unterbringungsmöglichkeiten sind in dieser Hinsicht genügend vorhanden, die teilweise mit Millionen von Steuergeldern geschaffen wurden. Eine zusätzliche Verknappung von bezahlbarem Wohnraum ist deswegen nicht notwendig. Mittels der bereits erwähnten Marktanalyse ist zudem Wohnraum zu schaffen, der für Zuzug nach Leverkusen sorgen könnte.

Mit freundlichen Grüßen


Markus Beisicht
Aufbruch Leverkusen